

vLw-news

Berlin, im August 2003

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

schon häufig habe ich an dieser Stelle den Umgang des Senates und insbesondere des Bildungssenators Böger und seiner Verwaltung mit uns Lehrerinnen und Lehrern beklagt.

Aber diese Ausgabe, liebe Mitglieder, schlägt alles bisher da gewesene um Längen. Warum ich so zornig bin? Lesen Sie doch bitte mal links den Einklinker. Das sind Themen, oder?

*Eigentlich waren die news am Freitag, dem 15.08., bereits fertig und sollte in den Druck gehen. Aber dann kam der Tagesspiegel, und was steht auf der ersten Seite? Ein Zitat unseres obersten 'Dienstherrn', Herrn Böger: "Lehrer müssen mehr und besser arbeiten und das für weniger Geld": Das war die Motivation zum Schulbeginn für über 30.000 Lehrerinnen und Lehrer, von denen 99,9 % ihre Arbeit mit großem Einsatz und Engagement für die ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler leisten. **Es reicht, Herr Böger!!!** Unseren Brief an den Senator finden Sie im Heft.*

Seit Oktober 2002 verhandelten DBB, ver.di, GdP und gew mit dem Senat über den Tarifabschluss für Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes. Wir erinnern uns: Der rot-rote Senat "verlangte befristete Nullrunden und Einschnitte bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld und bot dafür Kündigungsschutz und einen Einstellungskorridor" (Kommentar in SFB 88,8 von Boris Hermel).

*Der DBB bot an, auf **EINKOMMENSZUWÄCHSE** zu verzichten. Aber wie Sie wissen, vertritt der DBB nur einen kleineren Anteil der Nicht-Beamten, und von daher war das **NEIN** der Gewerkschaften sowohl zu den Vorschlägen des Senats als auch des DBB eindeutig. Und nun geschieht das Wunder: Nach monatelangem Stillstand erkennen ein Herr Wowereit und ein Herr Bsirske ihre Chance: Beide müssen mal wieder einen Erfolg verzeichnen! Also werden die Tarifverhandlungen mal eben zur "Chefsache" erklärt und - Welch Wunder - schon nach einigen Stunden Verhandlung treten zwei sonnengebräunte Sonnyboys vor die laufenden Kameras und verkünden den versammelten Medienvertretern einen genialen Kompromiss. Dass wir Lehrerinnen und Lehrer dabei mal wieder die Dummen sind, sieht auch die gew. Aber ob ihre Verweigerung der Unterschrift unter diesen Tarifvertrag noch irgendetwas zu ändern vermag, kann ernsthaft bezweifelt werden, wo doch Herr Bsirske und Herr Wowereit nun einen so schönen Erfolg zu feiern haben. Da kommt es doch auf den Frust von ein paar Lehrerinnen und Lehrern wirklich nicht an, oder?*

Kopf hoch, es kann nur noch schlimmer kommen!!!

*Herzlich,
Ihre
Roswita Mätzig-Wurm*

In dieser Ausgabe:

- **Arbeitszeit**
- **Maulkorberlass**
- **Ideen unseres Innensenators**
- **Es reicht, Herr Böger**
- **Präsenztage**

Berliner Sommertheater – Komödie oder Tragödie?

Nein, liebe Leser, es ist noch nicht einmal mehr eine Tragikomödie, was sich zurzeit im Land Berlin für den öffentlichen Dienst abspielt, es ist tieftraurig.

Wir halten es für relevant, den Ablauf der letzten Monate noch einmal kurz zusammenzufassen:

Im Herbst 2002 begannen die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst in Berlin. Der Senat zeigte sich hartleibig gegenüber allen Vorstellungen der Gewerkschaften und beharrte auf seinen Vorstellungen eines Solidarpakts! Daraufhin brachen die Gewerkschaften - allen voran ver.di - die Verhandlungen ab. Folge: Im neuen Jahr ließ der Senat die Muskeln spielen; Arbeitszeiterhöhung für alle Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin um zwei Stunden. Auch für Lehrerinnen und Lehrer, obwohl jeder völlig Unbedarfte wissen konnte, dass dies kurz vor Ende des Schulhalbjahres eine Nullnummer wäre. Aber wofür hat denn der Senat Herrn Pieper ab 01.01. in die B-Besoldung getrickst, wenn nicht dafür, so sinnvolle Rundschreiben zu verfassen wie: "Die Arbeitszeiterhöhung sei für pädagogische Verbesserungen zu nutzen". Zeitgleich erging ein Dekret, nach dem die Erstattung der Guthaben auf den Arbeitszeitkonten bereits am 01.02. zu beginnen habe. Hier beging der Senat einen klaren Vertragsbruch, denn in dem von Gewerkschaften und Verbänden unterzeichneten Vertrag war ganz klar der 01.08.2003 als Beginn des Erstattungszeitraumes vorgesehen. Aber nun sind ja Vertragsbrüche etwas, das nur "unter-geordneten" Beamtinnen und Beamten zum Vorwurf gemacht werden und gar zu einem Disziplinarverfahren führen kann. Handelt es sich jedoch um einen Erlass 'Exkathedra', ist alles in Ordnung. Vor allem, da sich ein Herr Böger ja den Teufel scheren muss um irgendwelche Verträge, die seine Amtsvorgängerin (Sie erinnern sich: Da gab es mal die hoch qualifizierte und für das Amt der Schulsenatorin geradezu prädestinierte Frau Stahmer) unterzeichnet hat.

Aber damit nicht genug: Im Sommer letzten Jahres konnten wir der Presse entnehmen, dass Lehrerinnen und Lehrer zur Vorbereitung des neuen Schuljahres drei Tage vor Ende der Sommerferien Anwesenheitspflicht in den Schulen hätten. Da der Tagesspiegel jedoch nicht das Amtsblatt ist, obwohl Spötter dies behaupten, warteten alle Betroffenen nun auf eine offizielle Verlautbarung. Diese erfolgte jedoch erst im März dieses Jahres. Aber nun schlug die Stunde des obersten Rundschreibenverfassers der Schulverwaltung: Mit der aus Sicht von Herr Pieper sicherlich notwendigen Schärfe wurden Schulleiterinnen und Schulleiter, Kolleginnen und Kollegen auf das dringlichste ermahnt, die drei Präsenztage inhaltlich zu füllen und die achtstündige Präsenzzeit pro Tag zu dokumentieren. Nicht vergessen wurde der Hinweis, dass diese Tage pädagogisch zwingend erforderlich seien, ja selbst das Grundgesetz wurde bemüht, um uns an unseren Bildungsauftrag zu erinnern!

Und dann? Nach der alten "Adenauerschen"-Devise: Was schert mich mein Geschwätz von gestern erging nach dem formidablen Tarifabschluss am 01.07. ein weiteres Rundschreiben, wonach die drei Präsenztage auf einen reduziert wurden. Nach dem nun alles geplant war und alle Kollegien ihrem grundgesetzlich verankerten Bildungsauftrag bereits in den letzten Tagen der Sommerferien nachkommen wollten: alles Makulatur!! Diese zwei wegfallenden Präsenztage gehören zum Paket der Arbeitsverkürzung für Lehrerinnen und Lehrer.

Die am 02.07. verteilte Stellungnahme des Verbandes hat sicherlich nicht mehr alle Kolleginnen und Kollegen erreicht, wir drucken sie daher in diesem Heft vollständig ab. Gleichzeitig veröffentlichen wir ein Schreiben des Leiters unserer Schulleiter-Arbeitsgemeinschaft an Herr Böger zu diesem Thema.

Die von mir angerissenen Themen lassen nur noch einen Schluss zu: Man darf diesem Senat, auch und insbesondere dem Schulsenator, nicht mehr glauben.

Extra-news vom 01.07.03, verteilt am letzten Schultag

An alle Kolleginnen und Kollegen des
berufsbildenden Schulwesens

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sicherlich haben Sie an Ihren Schulen bereits
in mühevoller Kleinarbeit die Programme für
die die **DREI** Präsenztage in den
Sommerferien ausgearbeitet.

ALLES MAKULATUR!!! (Oder auch: für die Rundablage!)

Denn wieder einmal hat es dem Senat von
Berlin – und mit ihm seinem willigen
Vollstrecker, Herrn Pieper, - gefallen, dass
nichts mehr so ist, wie es schien!!!

Wir erinnern uns: Noch bis gestern war es
dringend dienstlich erforderlich, dass alle
Dienstkräfte - auch die Angestellten - am
13.08. in den Schulen anwesend zu sein
haben. Für Herrn Pieper war selbst das
Grundgesetz nicht zu groß: Meinte er doch,
uns an unseren verfassungsgemäßen
Bildungsauftrag erinnern zu müssen. Aber
Menschen mit dem unübersehbaren Drang zur
Macht übersehen häufig das Wesentliche. Und
nun gefällt es der politischen Macht, anders zu
entscheiden, als ihr williger Vollstrecker dies in
diversen Rundschreiben kundgetan hat: Die
Präsenztage fallen - bis auf den 15.08. -
einfach weg!!! Dies wird der Schulaufsicht am
heutigen Nachmittag per Fax zwischen 16.00
und 16.30 Uhr mitgeteilt. Von hier aus soll die
Kunde nun über die Schulen verteilt werden.
Spannend, zu erfahren, wann das
Rundschreiben in den Schulen eintrifft. Eines
ist jedoch jetzt schon sicher: Die Kollegien
werden Morgen nicht mehr zu 100% anwesend
sein, also hoffen wir, dass die betreffenden
Kolleginnen und Kollegen diese für sie wichtige
Information der Tagespresse entnehmen
können.

Offen bleiben nur politische Fragen:

- Sind die Präsenztage (wir erinnern
uns: 3 Tage à 8 Stunden) dringend
dienstlich erforderlich?

- Wenn ja, warum können sie jetzt
einfach „ex Kathedra“ gestrichen
werden?
- Wenn entbehrlich, warum wurden sie
dann überhaupt angeordnet?
- War diese „dienstliche Anordnung“
lediglich ein Druckmittel für die
Tarifverhandlungen? (Wir ordnen drei
Tage an, streichen zwei davon und
dann habt ihr eure
Arbeitszeitverkürzung?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Antwort
mag schmerzen, aber so ist es nun einmal: Wir
– der gesamte öffentliche Dienst und die
Lehrerinnen und Lehrer insbesondere – sind
für diesen Senat und seine ausführenden
Organe nichts weiter als Manövriermasse im
Tagesgeschehen, und wir sollten deshalb
einen Vorsatz in die unterrichtsfreie Zeit
mitnehmen:

Wir nehmen SIE einfach nicht mehr ernst.

Auf der letzten Personalversammlung habe ich
die Personal- und Bildungspolitik des Landes
Berlin überschrieben mit den Worten:

Beschließen, veröffentlichen, zurücknehmen!!!

Will dieser Aussage jemand widersprechen?

Wie viel Arbeitszeit, die sinnvoller hätte
verbracht werden können, steckt in der
Planung und Organisation dieser drei
Präsenztage?? Wie geht das Land Berlin mit
seinen „Human Resources“ um?? Viele
Fragezeichen in einem kurzen Text!!!

Gut gemeinter Ratschlag: Die nächsten
Rundschreiben einfach liegen lassen, denn
nichts ist so alt, wie ein Rundschreiben von
gestern!

Dennoch: Ihnen allen einen schönen Sommer.

Herzlich, Ihre Roswita Mätzig-Wurm

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Der Senator

An die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter , in der Senatsverwaltung für Bildung Jugend und Sport einschließlich der Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen und in den zur Senatsverwaltung gehörenden nachgeordneten Einrichtungen

Regelung für den Kontakt mit den -Medien im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport

Nach dem Berliner Pressegesetz § 4 sind die Behörden „verpflichtet, den Vertretern der Presse, die sich als solche ausweisen, zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben Auskunft zu erteilen“.

Die Pressestelle hat in diesem Zusammenhang die Aufgabe, einen gesteuerten und widerspruchsfreien Kontakt unserer Senatsverwaltung, einschließlich der nachgeordneten Einrichtungen, mit den Vertretern der Medien sicherzustellen. Sie ist grundsätzlich für alle Anfragen seitens der Medien zentral zuständig. Ansprechpartner sind: .

Herr Dr. **John**

Sen Press, Telefon 9(0)26 5846, eMail: thomas.john@senbjs.verwalt-berlin.de

und

Frau Hermanns

Sen Press H, Telefon 9(0)26 5843, eMail rita.hermanns@senbjs.verwalt-berlin.de

Die nachfolgenden Regelungen gelten daher für alle Mitarbeiterinnen im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und-Sport, d. h. auch für Mitarbeiterinnen von nachgeordneten Einrichtungen und für Lehrerinnen.

Alle Anfragen seitens der Medien an Mitarbeiterinnen unserer Senatsverwaltung., einschließlich der nachgeordneten Einrichtungen, sind an die Pressestelle weiterzuleiten. Diese organisiert die weitere Bearbeitung zusammen mit der fachlich zuständigen Abteilungs- oder Referatsleitung.

Die Leiter/innen der nachgeordneten Einrichtungen können zu Themen und Aufgabenstellungen, deren Bearbeitung ausschließlich in eigener Verantwortung erfolgt, unabhängig von der Pressestelle Auskünfte an Medienvertreter erteilen. Die Auskunftserteilung kann in diesen Fällen auch an die thematisch Verantwortlichen delegiert werden. In Zweifelsfällen, insbesondere bei kontrovers diskutierten fachpolitischen Themenstellungen, ist eine vorherige Abstimmung mit der Pressestelle erforderlich. Subjektive politische Standpunkte sind nicht Gegenstand von Erörterungen mit Medienvertretern. Darüber hinaus wird empfohlen - auch zur eigenen Absicherung - über die Gespräche mit Medienvertretern Vermerke anzufertigen und sie der Pressestelle zuzuleiten. Für Drehgenehmigungen ist immer eine Abstimmung mit der Pressestelle erforderlich.

Die Regelung für die nachgeordneten Einrichtungen findet analog Anwendung für die regionalen Außenstellen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport - vertreten durch die Außenstellenleiter/innen - und die Schulen -vertreten durch die Schulleiter/innen -.

Klaus Böger

(Von Herrn Böger persönlich unterschrieben, leider wollte der Scanner diese Unterschrift nicht annehmen!!!
Die. Redaktion)

Maulkorberlass

Als Anfang der Sommerferien der Tagesspiegel über einen Maulkorberlass für Schulleiterinnen und Schulleiter berichtete, nach dem Äußerungen gegenüber Medien allein der Pressestelle des Bildungssenats vorbehalten bleiben sollten, hielten viele dies noch für eine überspitzte Darstellung bzw. einen Sommerloch-Füller. Jetzt liegt der Redaktion das Original-Rundschreiben des Senators (pikanterweise und völlig unkaufmännisch ohne Datum) vor, das wir nebenstehend inklusive aller Zeichensetzungsfehler abdrucken, und es stimmt: Danach hat die Pressestelle ..."die Aufgabe, einen **gesteuerten und widerspruchsfreien** Kontakt unserer Senatsverwaltung ...mit den Vertretern der Medien sicherzustellen". **Unsere Antwort finden Sie in einem Offenen Brief an Senator Böger.**

Sehr geehrter Herr Böger,

mit großem Befremden nimmt der Vorstand des vLw Berlin Ihr Rundschreiben "Regelung für den Kontakt mit den Medien im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport" zur Kenntnis.

Da Inhalte hieraus bereits Anfang Juli im Tagesspiegel veröffentlicht wurden, ist die zeitliche Nähe zu dem unseligen Tarifabschluss, der wieder einmal erfolgten Schlechterstellung der Lehrerinnen und Lehrer im Land Berlin und Ihrem Maulkorb-Erlass unübersehbar. Wir fragen uns allerdings besorgt, über welche politischen Berater Sie verfügen, die sich nicht scheuen, im Zusammenhang mit Pressearbeit Begriffe wie "gesteuert" und "widerspruchsfrei" zu verwenden. Es wäre wünschenswert, Sie hätten Mitarbeiter, die über die nötige politische Sensibilität verfügen, zu hinterfragen, welche Assoziationen solche Begrifflichkeiten auszulösen vermögen.

Es ist befremdlich und erschreckend zugleich, dass Sie als Sozialdemokrat einen solchen Text unterschreiben und über Ihre Verwaltung verbreiten lassen. Dass Ihre Koalitionspartner gegen ein solches Vorgehen keinen Widerspruch einlegen, mag deren eigener Geschichte geschuldet sein, denn bedauerlicherweise haben ja derartige Erlasse bis in die jüngste deutsche Geschichte hinein eine tragende Rolle gespielt. Dass allerdings Sie, Herr Böger, als überzeugter Demokrat solchen Verbreitungen noch Vorschub leisten, bleibt völlig unverständlich.

Eine Frage allerdings drängt sich unwillkürlich auf:

Wovor haben Sie Angst, Herr Böger?

Fürchten Sie, ohne diesen Maulkorb-Erlass könnten Lehrerinnen und Lehrer des Landes Berlin Sie über die Presse daran erinnern, dass Sie einst vollmundig (vor der vorletzten Arbeitszeiterhöhung) verkündeten, eine weitere Arbeitszeiterhöhung sei "mit mir nicht drin"?

Fürchten Sie, dass Ihnen unterstellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Presse ihre Unzufriedenheit mit der Ihnen unterstellten Verwaltung zum Ausdruck bringen könnten?

Oder fürchten Sie gar Veröffentlichungen zu dem Thema: wie Lehrerinnen und Lehrer in Berlin als Verfügungsmasse eingesetzt werden?

Wir dürfen in diesem Zusammenhang an die Schreiben Ihres Herrn Pieper erinnern, der die drei Präsenztage am Ende der Sommerferien als pädagogisch zwingend erforderlich erachtete, ja sogar mit dem Grundgesetz und dem darin enthaltenen Bildungsauftrag argumentierte. Dass jetzt zwei dieser drei Tage als Arbeitszeitverkürzung verkauft werden, konterkariert die vorangegangenen Rundschreiben und desavouiert seine Verfasser.

Sie sollten sich nicht fürchten, Herr Böger, sondern nach guter demokratischer Sitte berechnete Kritik annehmen und unberechtigte widerlegen.

Für den Vorstand:

Roswita Mätzig-Wurm

Es reicht, Herr Böger

Nachdem nun festzustehen scheint, dass die Arbeitszeiterhöhung für Lehrerinnen und Lehrer aus fiskalischen Gründen nicht zurückgenommen werden wird, die Stimmung in den Kollegien einen historischen Tiefpunkt erreicht hat, bekommt selbst der als nicht sehr lehrerfreundlich bekannte **Tagesspiegel** bereits Mitleid mit uns.

4.7.03, S. 9:

"Denn die beamteten Lehrer werden dabei nach Strich und Faden verklappt, man bricht Zusagen in einer Art, die bei Orchestermusikern oder Müllwerkern den sofortigen (und legitimen) Streik zur Folge hätte."

Und zum Thema Maulkorberlass:

"Widerspruch möchte man nicht hören im Hause Böger. Ungesteuerten schon gar nicht." (Bernd Matthies)

S. 10 vom selben Tag:

"Selbst der moderate Verband der Lehrer an

Wirtschaftsschulen empfahl den Kollegen, 'diesen Senat einfach nicht mehr ernst zu nehmen'." (Susanne Vieth-Entus)

18.8.03:

"Für die 32.000 Berliner Pädagogen kommt es ganz hart: Sie müssen teilweise bis zu vier Stunden mehr Unterricht pro Woche geben, das Urlaubsgeld wurde gestrichen und das Weihnachtsgeld gekürzt. Entsprechend frustriert und wütend werden viele Pädagogen am heutigen Montag vor ihrer Klasse stehen." (Gerd Nowakowski, S.8)

Die Äußerungen von Herrn Böger vom Freitag, 15.08., rechtzeitig zum Schulbeginn waren dann doch zu viel. Es kann doch nicht angehen, dass Politiker auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen ungehemmt die Stammtische bedienen. Der Vorstand hat daher den unten stehenden Brief an unseren obersten Dienstherrn gesandt.

18.08.2003

Interview im Tagesspiegel vom 15.08.03

Sehr geehrter Herr Böger,

als Sie das Amt des Schulsenators in Berlin übernahmen, haben Sie in einem Gespräch mit Mitgliedern unseres Vorstandes zugesichert, das Ihre zu einer Image-Verbesserung der Ihnen unterstellten Lehrerinnen und Lehrer beitragen zu wollen.

Leider ist von Ihrer Zusage nicht nur nichts übrig geblieben, sondern zum Entsetzen aller Kolleginnen und Kollegen äußern Sie sich zunehmend populistisch und lassen politisches Gespür vermissen. Der Gipfel wurde nun erreicht mit Ihrem Interview im "Tagesspiegel", wonach "... Lehrerinnen und Lehrer mehr und besser arbeiten müssen. Und das sogar bei Gehaltsreduzierung". Diese sehr unsensiblen Äußerungen lassen in der Öffentlichkeit Rückschlüsse zu, die nur noch durch ein hinreichend bekanntes Zitat des SPD-Bundesvorsitzenden aus seiner Zeit als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen zu überbieten sind.

Damit haben Sie aus Sicht unseres Vorstandes Ihre Fürsorgepflicht auf das Größte verletzt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Politik, Verbänden und Gewerkschaften konterkariert. Wir weisen nochmals darauf hin, dass von den über 30.000 Ihnen unterstellten Lehrerinnen und Lehrer der weitaus größte Teil seine Aufgaben mit viel Engagement und großem Verantwortungsbewusstsein erfüllt. Dasselbe erwarten die Kolleginnen und Kollegen allerdings auch von der Politik.

Hochachtungsvoll

Roswita Mätzig-Wurm
1. Vorsitzende des vLw
Landesverband Berlin

Herrn Senator für
Bildung, Jugend und Sport
Klaus Böger
Beuthstraße 6-8

10117 Berlin

14.08.2003

Anwesenheitstage in den Sommerferien 2003

Sehr geehrter Herr Senator Böger,

als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Schulleiterinnen und Schulleiter im Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Berlin (vlw-Berlin), möchte ich mein Unverständnis über die Verfahrensweise bei der Anordnung bzw. bei der Veränderung der Anwesenheitstage in den Sommerferien 2003 zum Ausdruck bringen.

Sicherlich gibt es vonseiten der Bildungsverwaltung gewichtige Argumente, eine Anwesenheit von Lehrern in der Schule zur Vorbereitung des neuen Schuljahres anzuordnen.

In der Öffentlichkeit wird mit dieser Anordnung der fatale (und falsche) Eindruck erweckt, als sei in allen Schulen bisher das neue Schuljahr von Lehrern und Schulleitungen nicht genügend vorbereitet worden. Gleichwohl könnten solche Präsenztage - bei intensiver Vorbereitung - durchaus zur Verbesserung der Unterrichtsqualität und zur Überwindung der „organisatorischen Startschwierigkeiten“ beitragen.

Kann man über den Sinn der Anordnung von Präsenztagen noch unterschiedlicher Auffassung sein, so sind jedoch die Abfolge und die Widersprüchlichkeit der Entscheidungen aus unserer Sicht nicht zu akzeptieren.

Folgende Punkte führten u.a. zu einer schwierigen und kontroversen Ausgangslage:

- Den Plan des Senats, für Berliner Lehrer bereits in den Sommerferien 2003 eine verpflichtende Anwesenheit durch Änderung der Erholungsurlaubsverordnung anzuordnen, konnten die Betroffenen zunächst nur aus der Tagespresse vom August 2002 entnehmen (vgl. Der Tagespiegel vom 10.08.02 „Vorzeitiges Ferienende für Lehrer“). Leider hat Ihre Verwaltung eine offizielle Mitteilung erst sechs Monate später (Schreiben vom 1. März 2003 von II C 1.3) an die Schulen geschickt, nachdem viele Lehrerinnen und Lehrer den Sommerurlaub 2003 bereits geplant und gebucht hatten. Eine derart wesentliche Einflussnahme auf die Ferien- und Urlaubsgestaltung von ca. 30.000 Lehrerinnen und Lehrern und deren Angehörigen muss rechtzeitig getroffen und mitgeteilt werden, um Pla-

nungssicherheit für alle zu gewährleisten.

- Mit Schreiben vom 05.05.03 (II C 1.6) sind viele wichtige Details durch Ihre Verwaltung schriftlich geregelt worden. Erst jetzt gab es eine Stellungnahme zu der Streiffrage, ob die Anwesenheitsregelung auch für angestellte Lehrer gelte (vgl. Schreiben der Senatsverwaltung für Inneres vom 31.03.03 an den HPR). Ferner wurde festgelegt, welche Wochentage (strittig war der Sonnabend) betroffen sind.

Leider konnte erst jetzt die detaillierte Planung von Konferenzen, die Organisation von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, von Projekten, von pädagogischen Tagen usw. vorgenommen werden. Häufig konnten kompetente Referenten und Projektleiter in der kurzen Zeit nicht mehr verpflichtet werden.

Planungen für sinnvolle Präsenztage – insbesondere bei den großen Kollegien der OSZ - benötigen längere Vorlaufzeiten.

Auf der Mitgliederversammlung des vlw-Berlin am Dienstag, den 13. Mai 2003, wurde Herrn Staatssekretär Härtel die Frage gestellt, ob nicht aufgrund der ungelösten Fragen ein Verschieben der ersten Präsenztage auf die Sommerferien 2004 angeraten sei. Herr Härtel antwortet, dass diese drei Präsenztage eine Vorgabe des Parlaments zur Verbesserung des Unterrichts seien. Derartige Vorgaben seien von der Verwaltung unverzüglich umzusetzen und könnten nicht einfach von ihr um ein Jahr verschoben werden. Auch andere Veränderungen seien ohne weiteres nicht möglich.

Im Rundschreiben von 01.07.03 (Eingang in den Schulen am 02.07.03 - letzter Schultag vor den Sommerferien) wurde die Veränderung der Präsenztageverordnung mit einer geplanten Absenkung der Bezüge für Angestellte und Beamte begründet. Von einer entsprechenden Parlamentsentscheidung war hier nicht die Rede.

Sehr geehrter Herr Senator Böger, die Einrichtung und Organisation von sinnvoll gestalteten und zielführenden Präsenztagen hat den Kollegien und Schulleitungen nicht nur sehr viel Arbeit, Energie und Kreativität abverlangt, sondern auch zeitraubende Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen nach sich gezogen, die immer wieder die Sinnhaftigkeit der Regelung in Frage gestellt haben. Eine so kurzfristige Abänderung einer Verwaltungsentscheidung ist für die Arbeit der Schulleitungen kontraproduktiv. Leider werden dadurch die vielfältigen Bemühungen der Kollegien und der Schulleitungen ad absurdum geführt. Bedenken Sie bitte, dass die Schulleitungen bemüht sind, alle Kolleginnen und Kollegen auch bei abnehmenden Ressourcen zu noch höheren Leistungen im Unterricht zu motivieren. Dazu tragen nur valide und durchdachte Vorgaben der Verwaltung bei.

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Schulleiterinnen und Schulleiter im vlw-Berlin haben hier einen erhöhten Erklärungsbedarf. Wir stehen Ihnen für ein Gespräch gern zur Verfügung .

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Romann
Vors. der vlw-Schulleiter AG

Bitte, liebe Kollegin, lieber Kollege,

lassen Sie sich nicht verunsichern. Zum Prüfen Ihrer Verträge (bei Angestellten), in Fragen der Beihilfe und auch bezüglich Altersteilzeit, Stundenerhöhung und anderer Rechtsunsicherheiten:

fordern Sie sich Rechtsschutz ein über uns beim **DBB**.

Wir sind hier in Berlin nur ein kleinerer Landesverband, aber wir haben starke Partner:

Bundesverband der Lehrer an Wirtschaftsschulen

und den

DBB

Es ist Ihr gutes Recht!!!

Der Vorstand gratuliert:

Auch in den vergangenen Monaten hatten wir wieder "runde Geburtstage" unter unseren Mitgliedern:

Herr Siegfried Rölke	27.06.2003	80 Jahre
Herr Werner Strubbe	17.07.2003	80 Jahre
Frau Helene Winarski	15.07.2003	90 Jahre

Der Vorstand gratuliert ganz herzlich und hofft, dass Sie Ihre Pensionen noch bei guter Gesundheit genießen können.

Impressum:

V.i.S.d.P. ist der Vorstand des vLw Berlin
Mommsenstraße 58, 10629 Berlin

Redaktion:

Roswita Mätzig-Wurm

eMail-Adresse: roswita.mw@t-online.de